

Fraktion DIE LINKE / GAL im Rat der Stadt Kamen

Haushaltsrede zum Haushalt 2010

Warum stehen die Kommunen in ganz Deutschland am Rande des Ruins? Klar – die Gewerbesteuer als Grundlage der kommunalen Finanzierung ist durch die Wirtschaftskrise weggebrochen. Doch auch in Zeiten der Hochkonjunktur konnte Kamen keinen wirklich ausgeglichenen Haushalt aufweisen. Weder rot-grün, noch die große Koalition, noch schwarz-gelb haben die kommunalen Finanzen auf eine sichere Basis gestellt...

Obwohl der Ruf aus den Städten von Politikern kam, die den gleichen Parteien angehören wie die bundesweiten Akteure.

Was ist mit den öffentlichen Kassen passiert?

Begonnen hat der uneingeschränkte Glaube an den Markt – die Umsetzung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die der sozialen Marktwirtschaft konträr entgegensteht – besonders nach dem Zusammenbruch des

„real existierenden Sozialismus“ . Es war kein Gegenentwurf mehr zu finden. Unter der Regierung Kohl noch vorsichtig begonnen, verschärfte vor allem die rot-grüne Koalition den Kurs Richtung Neoliberalismus: die Heuschrecken wurden zugelassen, das Wetten auf Kursverluste ebenso. Auf der anderen Seite wurden die Bedingungen für die Armen verschärft: die Hartz-Gesetzgebung schuf mehr und mehr Armut in unserem Land.

Keine Partei hat in den letzten Jahren so viel Politik gegen ihre eigenen Wähler durchgesetzt wie die SPD – und dann wunderte sie sich über ihren bundesweiten Einbruch bei Wahlen. Und die Grünen – einst als kommunistische Ökos verspottet - flirteten inzwischen mit den „Schwarzen“ . Am Rande: Als sich Grünen-Chefin Claudia Roth nach der jetzt veröffentlichten Sipri-Analyse über die wachsenden Rüstungsexporte Deutschlands echauffiert, drückte der Sipri-Chef über diese Kritik seine Verwunderung aus: die meisten dieser Exporte seien doch noch von Rot-Grün genehmigt worden.

Mit schwarz und vor allem gelb sind jetzt endgültig die Marktfundamentalisten in den Regierungsämtern. Klientelpolitik ist angesagt: Die Millionen-Spenden für die FDP nach der Mehrwertsteuer-Entlastung für Hotel-Übernachtungen geben nur einen Hinweis, der einen marktradikalen Amoklauf vor der in knapp 4 Jahren folgenden Abwahl befürchten lässt.

Das Konjunkturpaket II hat noch einmal einen Schub von Investitionen gebracht, die die Stadt Kamen in den nächsten Jahren nicht mehr leisten kann.

Nur einige Beispiele:

- *Die energetische Sanierung des Schulzentrums – besonders die der alten undichten Fenster der Gesamtschule – taucht im Investitionsplan nicht mehr auf.*
- *Straßenbaumaßnahmen für 7 Straßen waren vor Jahresfrist noch vorgesehen, fehlen aber nun im Investitionsplan.*

Nur so viel zum Haushalt, der immer schlechter lesbar wird, da es sehr schwer ist, die

gravierenden Veränderungen in den einzelnen Produktbereichen nachzuvollziehen. Kennzahlen und die pauschalen Beträge für Sach- und Dienstleistungen oder „sonstige ordentliche Aufwendungen“ oder die Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen machen zwar buchhalterisch Sinn, bedeuten aber für die Ratsmitglieder, dass Einzelmaßnahmen nicht mehr beschrieben werden und die Beträge schwer beurteilbar sind.

Jetzt zum HSK. Die Verwaltung hat sich alle Mühe gegeben, Positionen herauszufinden, bei denen gespart werden kann, ohne dass Strukturen in unserer Stadt zerschlagen werden. Was – auch nach einem positiven Beschluss – mit dem HSK passiert, ist völlig unklar. Denn eigentlich ist es ja kein Haushaltssicherungskonzept, denn der Haushalt kann mit den aufgeführten Maßnahmen auch 2013 nicht ausgeglichen werden. Jedes Jahr werden Millionen Euro an Schulden angehäuft.

Auch inhaltlich ist Positives zu entdecken.
Besonders sei hier auf umweltpolitisch sinnvolle
Dinge verwiesen:

Dass die Parkraumbewirtschaftung – die wir
aus ökologischen Gründen immer wieder
gefordert haben und die bei den Millionen,
die in den letzten Jahren in Parkhäuser und
Parkplätze geflossen sind, einfach ein „Muss“
ist, wenn man Gerechtigkeit zwischen den
Verkehrsteilnehmern will – auftaucht, ist ein
erfreulicher Nebeneffekt. Ebenfalls erfreulich:
der Einsparwille bei der Straßenbeleuchtung
(hier zwingt das Spardiktat zu einer
ökologischen Maßnahme).

*Schon vor einigen Woche hat sich die Fraktion
DIE LINKE / GAL als erste zum HSK geäußert
und auch gesagt, was mit ihr nicht zu machen
ist:*

„Wir verweigern uns Sparvorschlägen, die die
Situation der Geringverdiener – dazu zählen
wir alle Haushalte unter 2000 Euro
Monatseinkommen – unzumutbar belasten.
Wir lehnen Sparvorschläge zu Lasten der
Jugend ab, z. B. Kürzung der Lernmittel für
Schulen, Jugendhilfe, Jugendfreizeitzentren,

Musikschul- und Büchereigebühren. Werden die Hilfen und Angebote für Kinder und Jugendliche aufgegeben oder gekürzt, führt dies langfristig zu höheren Kosten in der Jugendhilfe (Kosten für Heimunterbringungen und für ambulante Maßnahmen sowie Pflegefamilien).

Zu Lasten der Jugend geht auch, dass sich die Verwaltung als größter Arbeitgeber der Stadt kaum noch an der Berufsausbildung junger Menschen beteiligt. Weitere Kürzungen in diesem Bereich des Personalhaushalts sind nicht hinnehmbar, hier ist ein Ausbau dringend geboten.“

Aber die Einsparungen im HSK treffen auch die Teilbereiche, die wir davon ausnehmen wollen:

- *Der Taxibus, der den ÖPNV zu Zeiten, wo er eigentlich nicht mehr existiert, ergänzt wird eingestellt.*
- *Der Unterricht der städtischen Musikschule wird teilweise privatisiert, denn Einzelunterricht für Erwachsene wird aus der Musikschule ausgegliedert. Weiter*

verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und Honorare der Musikschullehrer weiter.

- *Die Gebühren für Kindergartenplätze (Sollten die nicht völlig gebührenfrei werden?) sollen 2011 wieder erhöht werden – analog die Beiträge zur OGGS.*
- *Ferienfreizeiten für Jugendlichen werden endgültig nicht mehr von der Stadt durchgeführt.*
- *Das Netz der Spielplätze wird ausgedünnt.*
- *Lernmittel und Unterrichtsmaterialien für Schulen werden gekürzt.*
- *Die Entgelte für die Stadtbücherei steigen.*
- *Die Sportpauschale wird nicht mehr an die Sportvereine weitergeleitet.*

Die Kürzung bei den Reinigungen kann aber aufgrund des steigenden Einsparpotentials auch bedeuten: längere zeitliche Intervalle (und damit z. B. weniger Sauberkeit in den Klassenräumen) oder größere Flächen für die

einzelnen Mitarbeiterinnen (und somit eine stärkere Arbeitsbelastung).

Linke Politik will

den drohenden Finanzkollaps der Kommunen wirksam bekämpfen – Kommunalfinanzen sichern und auf eine solide Grundlage stellen! Schluss mit der Umverteilung von unten nach oben! Schluss mit der Verwaltung des Mangels! Für eine solide Finanzausstattung der Kommunen um soziale und demokratische Teilhabe wirksam umzusetzen!

- Wir fordern Kompensationen für die Steuerausfälle, die den Kommunen durch das schwarz-gelbe Wachstumsbeschleunigungsgesetz entstanden sind.
- Die Gewerbesteuerumlage an den Bund sofort muss abgeschafft werden, damit den Kommunen ihre eigenen Einnahmen zur Verfügung stehen.
- Nötig ist außerdem ein Entschuldungsfonds für strukturschwache Kommunen.

Unverzüglich ist die Änderung des §107 der Gemeindeordnung zurückzunehmen, der die Kommunen bei wirtschaftlicher Betätigung behindert.

Mittelfristig wollen wir die Gewerbesteuer zur Gemeindewirtschaftssteuer weiterentwickeln: Die Gewerbesteuer ist die wichtigste, weil ergiebigste Einnahmequelle der Kommunen. Ihre Erweiterung zur Gemeindewirtschaftssteuer erbringt mehr dauerhafte, verlässliche und deutlich höhere Einnahmen für die Kommunen. Alle unternehmerisch Tätigen sind hierzu steuerlich einzubeziehen und die Bemessungsgrundlage gehört ausgeweitet!

Bund und Länder dürfen Aufgaben auf Kommunen nur mit deren Zustimmung übertragen, dabei ist eine Voraussetzung eine gesicherte Finanzierung und damit die Einhaltung des Konnexitätsprinzips.

Zum Beispiel müssen die Anteile des Bundes und des Landes an der Finanzierung der Kosten der Unterkunft für ALG II-Beziehende, des Ausbaus der Kindertagesbetreuung

sowie des Angebots in Ganztagschulen, der Eingliederungshilfen sowie der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosigkeit entscheidend erhöht werden. Denn das sind gesamtstaatliche Aufgaben!

Die Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen müssen generell neu ausgestaltet werden: Das Steueraufkommen zwischen diesen Ebenen muss grundlegend anders verteilt werden (z.B. durch Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer). Der derzeitige Anteil der Kommunen am Steueraufkommen beträgt 15 Prozent. Gemessen an den Aufgaben, die sie heute und künftig zu erfüllen haben, ist dies vollkommen unzureichend. In Skandinavien erhalten die Kommunen zwischen 40 und 60 Prozent.

Aber bei einer Fortführung der gängigen Politik sind die Zukunftsaussichten nicht rosig:

Es war schon überraschend, wie schnell den Banken mit Summen geholfen wurde, die für einen Normalverdiener oder sogar für eine

Stadt wie Kamen unvorstellbar sind. Für eine Entschuldung der Städte müsste weit weniger Geld aufgewendet werden. Am lautesten gerufen und die Milliarden gefordert haben aber die, die sonst den Staat aus allem heraushalten wollen, wenn es um „Einmischung“ des Staates geht.

Und die Milliarden, die zur „Rettung“ der Banken ausgegeben worden sind, belasten die durch Verzicht auf Steuereinnahmen bei Reichen und Unternehmen dezimierten öffentlichen Kassen weiter. In den Schubladen der Regierungsparteien, so sind wir sicher, existieren bereits die Pläne, die weitere Einschnitte für Bildung, Kultur, Jugend und Soziales mit sich bringen werden – freilich wird man bis nach den Landtagswahlen in NRW im Mai warten, bis diese Pläne eingebracht und dann auch umgesetzt werden.

Noch werden Strukturen nicht zerschlagen. Die Einrichtungen für Kultur, Jugend, Kinder und Bildung werden erhalten. Zwar wird auch dort gespart, aber was passieren würde, wenn der Haushalt unter den gegebenen Voraussetzungen

wirklich ausgeglichen werden soll, ist grausam.
Das würde das Leben in unserer Stadt
grundlegend verändern:

- Keine städtische Musikschule mehr
- Keine Stadtbücherei
- Kein städtisches Museum
- Keine Kulturangebote
- Schließung der Jugendzentrum und
Bürgerhäuser
- Betriebsbedingte Entlassung von
städtischen Beschäftigten
- Dreckige Räume in Schule und
Kindergärten
- Reduzierung der VHS auf ein
Grundangebot, was gesetzlich
vorgeschrieben ist

„Spart uns doof“, war die Überschrift eines
Leitartikels des heimischen Literaten Raimon
Weber, der sich gegen das Sparen im Bereich
der Kultur gewandt hat. Büchereien als „Hort
der Wissensvermittlung“ werden geschlossen,
gespart wird bei Theater, Museum, VHS usw.

Kultur wird dann über die privaten TV-Sender vermittelt, in denen erforscht wird, welche Bulldozer die stärksten sind oder wie lange eine Sprühdose braucht, um in der Mikrowelle zu explodieren. Dazwischen immer wieder Werbung und nochmals Werbung.

Aber vielleicht wollen sie uns ja so – die Marktfundamentalisten. Nur eines haben sie nicht bedacht: wer kein Geld hat, kann auch keines ausgeben für das, was uns die Werbung anpreist.

Es gilt das gesprochene Wort

Klaus Dieter Grosch

(Fraktionsvorsitzender DIE LINKE / GAL im Rat der Stadt Kamen)